**RML-Kandidatur für den Nationalrat**

Das Zuger Politikereignis 1975 waren die Nationalratswahlen. Zuerst mussten im Gewerkschaftskartell aber noch die gemeindlichen und kommunalen Wahlen 1974 verdaut werden. An der Vorstandssitzung vom 21. Februar 1975 wurde Bilanz gezogen. „Mit Genugtuung stellt der Präsident fest, dass vor allem die Gewerkschafter gewählt worden seien, so z.B. in den GGR der Stadt Zug und zum allergrössten Teil auch in den Kantonsrat. Zu bedauern seien jedoch die Rückschläge, die durch die Sitzverluste entstanden seien. Ein sehr schwerer Rückschlag bedeute jedoch die Wegwahl von Stadtrat Robert Wassmer. Weiss betont, dass von den SP-Wahlstrategen grobe Fehler und Unterlassungen begangen worden seien. Sofern im Verhältnis zwischen der SP und den Gewerkschaften keine Besserung eintreten werde, müsste man sich bei den nächsten Wahlen ernsthaft überlegen, ob ein gemeinsamer Wahlkampf überhaupt noch möglich sein werde.“ Das Gewerkschaftskartell war unzufrieden mit der möglichen Absicht der SP, eigene Listen aufzustellen, war zwischen den Zeilen deutlich herauszulesen. An der gleichen Vorstandssitzung vom 21. Februar 1975 wurde auch über die Finanzen beraten. „Mit Brief vom 27.1.75 wurde dem KGZ eine Wahlabrechnung von der SP zugestellt. Die Abrechnung wurde ohne jegliche Belege und nur auf einem A5 Blatt zugestellt. Wenk hat daher den Kantonalpräsident der SP, Othmar Romer, telefonisch in Kenntnis gesetzt, dass ein solches Vorgehen nicht akzeptiert werden könne. Bis am Abend des 21.2.75 ist nun ein umfangreiches Dossier beim Kartellpräsidenten eingetroffen, dabei war jedoch eine so kurzfristige Kontrolle unmöglich. Es beständen noch sehr viele Unklarheiten. Der Kartellvorstand oder zu mindestens eine Delegation wird mit den Verantwortlichen der SP eine Besprechung über das Thema der Wahlabrechnung durchführen. Der VS ist damit einverstanden, dass eine erste Teilzahlung von 2000.- bis 2500.- Franken an die SP bezahlt wird. Der Präsident stellt fest, dass das Wahlbudget von Fr. 5000.- trotz den separaten Aktionen des KGZ nicht überschritten wurde.“[[1]](#footnote-1)

Bereits am 13. März 1975 trafen sich Hanspeter Wenk, Adolf Gauch, Paul Müller, Josef Meier, Franz Eberhard, Jakob Schneebeli und Anton Beck vom Zuger Gewerkschaftskartell mit einer Delegation der SP, die aus Othmar Romer, Hanspeter Hausheer, Meinrad Dossenbach, Paul Engeler und Klara Landolt bestand. „Etwas unbefriedigt zeigten sich die Mitglieder des Kartellvorstandes über die Erklärungen des Kantonalkassiers der SP über die Auskünfte der Wahlabrechnung.“[[2]](#footnote-2)

Bei dieser Gelegenheit informierte die SP das Gewerkschaftskartell über die Nationalratswahlen. „Die Geschäftsleitung orientierte, dass beabsichtigt wird, an den Nationalratswahlen 1975 teilzunehmen. Ein entsprechender Beschluss des Kantonalvorstandes liegt bereits vor, über einen entsprechenden Kandidaten konnte keine Auskunft gegeben werden.“ Die SP hatte also beschlossen, an den Nationalratswahlen teilzunehmen, dies wurde aber nicht veröffentlicht. Als Ende Mai die RML ihre Absicht bekanntgab, an den Wahlen teilzunehmen, war dies jedenfalls noch nicht bekannt.

[[3]](#footnote-3)

„Marxisten nach Bern?“, war die LNN-Schlagzeile vom 30. Mai 1975. Das Zuger Tagblatt vom gleichen Tag kommentierte die Bekanntmachung nüchtern: „Nachdem 1971 bei den Nationalratswahlen Dr. Alois Hürlimann (CVP) und Dr. Andreas C. Brunner (FdP) in stiller Wahl bestätigt wurden und sie bereits ihre nochmalige Kandidatur für den kommenden Herbst ankündigten, wird es im Kanton Zug trotzdem zu Kampfwahlen kommen. So ist in einem am Donnerstag von der Revolutionären Marxistische Liga, Sektion Zug, veröffentlichten Communiqué zu entnehmen, dass sie sich an den Nationalratswahlen beteiligen will, wobei das Aktionsprogramm und der Kandidat später bekanntgegeben werden sollen. Die Sozialdemokraten haben sich bisher noch nicht entschieden, ob sie sich ebenfalls an der Wahl beteiligen wollen. Angesichts der Wirtschaftsrezession wurden innerhalb der SP bereits Stimmen laut, die ebenfalls eine Wahlbeteiligung verlangen.“[[4]](#footnote-4)

Mit dem Beschluss der nationalen RML, an den Nationalratswahlen teilzunehmen, kam auch die Idee auf, dass ich in Zug als Arbeiter der L&G gegen meinen Chef, A.C. Brunner, kandidieren soll. Das wurde dann auch ziemlich bald beschlossen und gleichzeitig abgemacht, dass dies völlig geheim bleibt, um zu verhindern, dass ich entlassen werde. Ich selbst hatte auch alle politischen Aktivitäten zu unterlassen, die meine Stellung im Betrieb gefährden könnten. An der Sitzung der Sektionsversammlung vom 9. April 1975 hatten wir über die Nationalratswahlen diskutiert, möglicherweise wurde da der Beschluss gefasst.

[[5]](#footnote-5)

Am 18. August machte ich mir Sorgen über das, was auf mich zukam und ich hielt in meinem Notizbuch Folgendes fest: „Nach über zweieinhalb Jahren politischer Arbeit im Hintergrund ohne nach Aussen aufzutreten und nun so in die Öffentlichkeit katapultiert zu werden, ist sicher nicht leicht zu verkraften. (…) Auf jeden Fall muss ich mich damit fertig werden und auch dies wird mich nicht unterkriegen. Und ich bin entschlossen, das Möglichste an politischer und persönlicher Entwicklung aus diesem Kampf herauszuholen.“[[6]](#footnote-6)

Am 25. August 1975 notierte ich mir dazu einige Gedanken. „Gestern Abend hat mir H. berichtet, dass Brunner an der Delegiertenversammlung der FdP gesagt haben soll, dass er wisse, dass ein L&G-Arbeiter für die RML kandidiert. Wir müssen noch herausfinden, woher er das schon weisst. In diesem Fall ist die Versetzung doch nicht ein Zufall, wenn dies so sein sollte, dann haben sie das sehr geschickt gemacht.“[[7]](#footnote-7) Im Juli war ich nämlich von der Einzelzähler-Eicherei in die Präzisionseicherei versetzt worden. Was sonst eigentlich eine Beförderung gewesen wäre, empfand ich als eine Bestrafung, denn ich wurde von meinen Kollegen getrennt.

Nach den Sommerferien beschloss die SP ihre Wahlteilnahme. Die ZN berichtete darüber. „Einstimmig wurde von der gutbesuchten Versammlung eine Teilnahme an den Nationalratswahlen befürwortet und der Vorschlag des SP-Vorstandes, Regierungsrat Thomas Fraefel als Kampfkandidaten ins Rennen zu schicken, gutgeheissen. Die Sozialdemokraten fühlen sich – wie am Parteitag dargelegt wurde – wegen der eingetretenen Rezession besonders verpflichtet, sich an den Wahlen zu beteiligen, um die Arbeitnehmerschaft wirksam vertreten zu können. Hinzu kommt die Tatsache, dass bekanntlich die Revolutionäre Marxistische Liga mit einem eigenen (bis jetzt immer noch geheimnisvoll ‚im Dunklen gelassenen‘) Kandidaten aufrücken will, was für die SP wohl eine Herausforderung bedeute.“[[8]](#footnote-8) Am 26. August 1975 notierte ich mir folgendes. „Die SP wird nun auch kandidieren und zwar mit T. Fraefel. Das ist gut. Einerseits werden sie auf den Sitz von Brunner Jagd machen, was bedingt, dass sie, wenn auch nur ganz minimal, die Frage Arbeiterinteressen versus Unternehmerinteressen aufwerfen müssen. Was auch schon aus ihrer Begründung der Kandidatur herauskommt. Dies bedingt auch, dass sie eine ‚radikalere‘ Sprache anwenden werden. Und dazu haben sie nicht gerade den besten Mann gewählt. In dieser Auseinandersetzung Arbeiter versus Brunner werden wir noch eingreifen, wobei wir die Klassenfronten härter und deutlicher stellen werden. Die SP wird es nun schwer haben, hier einen Mittelweg zu wählen, was sie in Konflikt bringen wird, sich entweder uns oder dem Bürgertum anzunähern. Und mit Fraefel wird die Annäherung eher Richtung Bürgertum gehen.“[[9]](#footnote-9)

Im Sommer ging dann das Gerücht durch die Zuger Medien, dass die L&G 600 Entlassungen plane. An der Vorstandssitzung des Gewerkschaftskartells vom 4. September 1975 wurde dies thematisiert. „Kollege Wenk hat an Dr. Andreas Brunner eine Anfrage gerichtet, ob die diversen Presseberichte über 600 Entlassungen bei L&G richtig seien. Eine Antwort, die diese Befürchtungen zerstreuen soll, ist bereits eingetroffen.“[[10]](#footnote-10) Die SP versuchte, mit diesem Gerücht den Wahlkampf zu führen. An der gleichen Vorstandssitzung war die SP-Kandidatur bekannt. „Kollege Wenk teilt mit, dass der ausserordentliche Parteitag der SP des Kantons Zug die Nominierung von Regierungsrat Thomas Fraefel als Nationalratskandidat beschlossen habe. Der Vorstand ist einstimmig der Ansicht, dass diese Kandidatur unterstützt werden müsste. In eigener Kompetenz kann der VS einen Betrag von Fr. 1000.- beschliessen. Höhere Beiträge müssten von der Delegiertenversammlung genehmigt werden. Nach eingehender Diskussion ist der VS der Ansicht, dass der Wahlkampf nicht auf zwei Ebenen geführt werden dürfe. Das KGK müsste sich auch finanziell beteiligen, wobei jedoch an die SP keine Geldbeträge überwiesen würden, sondern das KGK wird sich mit eigenen Aktionen engagieren.“[[11]](#footnote-11) Einige Tage später fand eine weitere Vorstandssitzung statt. Am 10. September 1975 waren wieder die Wahlen auf der Traktandenliste. „Nach eingehender Diskussion kommt der VS zum Schluss, dass auf die Sammlung freiwilliger Beiträge bei den Gewerkschaftsmitgliedern verzichtet wird. Der VS beschliesst einstimmig, dass aber die Gewerkschaftssektionen um freiwillige Beiträge angefragt werden sollen.“[[12]](#footnote-12)

10.12.2017

1. Protokoll, GKZ-Vorstandssitzung, 21. Februar 1975 [↑](#footnote-ref-1)
2. Kurzprotokoll der GKZ-Sitzung vom 13. März 1975 [↑](#footnote-ref-2)
3. Luzerner Neuste Nachrichten, 31. Mai 1975 [↑](#footnote-ref-3)
4. Zuger Tagblatt, 30. Mai 1975 [↑](#footnote-ref-4)
5. Sitzungsheft Bruno Bollinger [↑](#footnote-ref-5)
6. Notizbuch Bruno Bollinger, 18. August 1975 [↑](#footnote-ref-6)
7. Notizbuch Bruno Bollinger, 25. August 1975 [↑](#footnote-ref-7)
8. Zuger Nachrichten, 25. August 1975 [↑](#footnote-ref-8)
9. Notizen Bruno Bollinger [↑](#footnote-ref-9)
10. Protokoll GKZ-Vorstandssitzung, 4. September 1975 [↑](#footnote-ref-10)
11. Protokoll GKZ-Vorstandssitzung, 4. September 1975 [↑](#footnote-ref-11)
12. Protokoll GKZ-Vorstandssitzung, 10. September 1975 [↑](#footnote-ref-12)